

rottet werden. Die Zerstörung der südamerikanischen Reiche war nicht gerechtfertigt, die Kolonisierung Nordamerikas sehr wohl.

6.7.8 Rousseau

Jean Jacques Rousseau, 1712-1778, geboren in Genf als Sohn eines Uhrmachers. Kurz Sekretär eines Diplomaten. Komponist und Musikschriftsteller (und Notenstecher). Als Philosoph, pädagogischer Autor, Romanschriftsteller eine der größten Zelebritäten seines Jahrhunderts.

Vergleiche als Biographie:

Maurice Cranston, Jean-Jacques : the Early Life and Work of Jean-Jacques Rousseau, 1712-1754. – London 1983; ders., The Noble Savage : Jean-Jacques Rousseau, 1754-1762. – London 1991; ders., The Solitary Self : Jean Jacques Rousseau in Exile and Adversity. – London 1997.

Aber dazu ist Rousseau einer der großen Autobiographen der westlichen Tradition.

Rousseau ist der Philosoph der Denaturalisierung. Von Natur her ist der Mensch frei, voll Mensch wird er aber erst durch Vergesellschaftung. Das ist ein Kulturfortschritt, aber zugleich eine Verarmung an Freiheit, Gleichheit und Autonomie. Es gibt die Möglichkeit, eine Nische zu finden (in *Emile*) oder eine andere Gesellschaft zu gründen (in *Du contrat social*). Beides ist wenig aussichtsreich. Diese Tragik, die er selber und andere in seinem Leben gesehen haben, macht auch seine autobiographischen Schriften und seinen Roman für die Politische Theorie wichtig. Obwohl kein klassischer Text in der europäischen Tradition des Politischen Denkens so sehr auf das philosophische Argument konzentriert ist wie Rousseaus *Du contrat social*, gibt es eine Vielzahl von sehr verschiedenen Lesarten, je nachdem welche zusätzlichen Texte zur Interpretation herangezogen werden. Die Zeiten, wo Rousseau für die Rückkehr zur Natur, für die Revolution oder für totalitäre Demokratie (lange einflußreich war J. L. Talmon, *The Origins of Totalitarian Democracy*. – London 1952, dt. 1961) stand, sind vorbei. Statt einer gängigen Formel haben wir nun viele Interpretationen, die die Entfremdung und ihre versuchten Aufhebungen deuten wollen.

Vergleiche zur politischen Philosophie:

Robert Derathé, Jean-Jacques Rousseau et la science politique de son temps. – Paris 1950

Iring Fetscher, Rousseaus politische Philosophie. – Neuwied 1960/Frankfurt am Main 1973 (siehe unten S. 381)

Otto Vossler, Rousseaus Freiheitslehre. – Göttingen 1963 (siehe unten S. 381)

Judith N. Shklar, Men and Citizens. – Cambridge 1969

Anne M. Cohler, Rousseau and Nationalism. – New York 1970

Raymond Polin, La politique de la solitude : essai sur la philosophie politique de Jean-Jacques Rousseau. – Paris 1971

Reinhard Brandt, Rousseaus Philosophie der Gesellschaft. – Bad Cannstatt 1973
Victor Goldschmidt, Anthropologie et politique : les principes du système de Rousseau. – Paris 1974
Michèle Ansart-Dourlen, Dénaturation et violence dans la pensée de J.-J. Rousseau. – Paris 1975
Bernard Yack, The Longing for Total Revolution. – Princeton 1986
Rousseau and Liberty / ed. by Robert Wokler. – Manchester 1995
Elke Oberparleiter-Lorke, Der Freiheitsbegriff bei Rousseau. – Würzburg 1997
Jean-Jacques Rousseau : Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts / hrsg. von Reinhard Brandt und Karlfriedrich Herb. – Berlin 2000 (Klassiker auslegen ; 20)
Simone Goyard-Fabre, Politique et philosophie dans l'oeuvre de Jean-Jacques Rousseau. – Paris 2001
Jens-Peter Gaul, Freiheit ohne Recht : ein Beitrag zu Rousseaus Staatslehre. – Berlin 2001.

Zur Einführung:

Henning Ottmann, Geschichte des politischen Denkens. – Bd. 3/1. – Von Machiavelli bis zu den großen Revolutionen. – Stuttgart 2006. – S. 462-510

Ein Werk das Rousseau als Philosophen, nicht nur als Politischen Theoretiker ernst nimmt:

Alexis Philonenko, Jean-Jacques Rousseau et la pensée du malheur. – Paris 1984. – 3 Bde.

Rousseau ist immer der Philosoph der Freiheit. Philosoph des Friedens ist er nur indirekt, wenn der Frieden eine Frucht der Freiheit sein sollte. Rousseau ist einer der wenigen Klassiker der Politischen Philosophie, der internationale Beziehungen ernst genommen hat. Aber die Textsituation ist desolat. Rousseau hat in *Du contrat social* klar erklärt, daß dem ersten Teil über die innere Verfassung ein zweiter über die äußeren Beziehungen folgen muß. Diesen zweiten Teil besitzen wir nicht und können nur raten, ob es ihn gab (ein Bekannter Rousseaus hat behauptet, er habe das Manuskript während der Französischen Revolution vernichtet), ob der Autor mit dem Frieden 1763 auch das Interesse am Krieg verlor (fast alle seine Arbeiten über internationale Beziehungen sind im Siebenjährigen Krieg geschrieben worden) oder ob er selber nicht wußte, wie er seine Probleme auflösen sollte. Stattdessen müssen wir uns mit den beiden Schriften zu Saint-Pierre zufrieden geben (den einzigen ausschließlich internationalen Themen gewidmeten Schriften), mit einigen Passagen in *Du contrat social*, mit einige Fragmenten, die vielleicht Notizen für eine Fortsetzung von *Du contrat social* waren, und mit einer Seite in *Emile*, auf welcher der nicht geschriebene (oder nicht erhaltene) Teil von *Du contrat social* skizziert sein könnte. Dazu kommen die Gutachten für Korsika und Polen.

Die Saint-Pierre-Inhaltsangabe, eine Auftragsarbeit, war wie fast alle Publikationen Rousseaus ein rascher Erfolg und nur durch diese Schrift blieb das Werk des Abbé für das europäische Publikum des späten 18. Jahrhunderts ein Begriff. Aber genauer gelesen wurde die Inhaltsangabe nicht, die Ideen Rousseaus wurden mit den Ideen Saint-Pierres identifiziert. Die posthum publizierte Saint-Pierre-Beurteilung wurde nicht mehr wahrgenommen. Im Nachruhm Rousseaus spielt die Theorie der internationalen Beziehungen eine geringe Rolle. Seit einigen guten Arbeiten am Anfang des 20. Jahrhunderts glaubte man zudem genau zu wissen, daß Rousseau der Theoretiker der Föderation kleiner Republiken ist. Er hätte sich zum Klassiker der Analyseebene Herrschaftssystem förmlich angeboten, aber Kenneth Waltz hat ihn zum Klassiker der Anarchie des internationalen Systems gemacht. Seitdem hat die Diskussion nicht mehr geruht. Wenn die Menschen im Staat leben, die Staaten aber gegeneinander völlig frei bleiben, dann sind die Menschen den Nachteilen beider Systeme ausgeliefert, ohne ihre Vorteile genießen zu können. Vielleicht wäre keine bürgerliche Gesellschaft besser als mehrere. Die unvollkommene Organisation in Teilgesellschaften erzeugt Tyrannei und Krieg. Rousseau ist der Autor, der am klarsten erkannt hat, daß die nationale Volkssouveränität und die internationale Ordnung nicht problemlos zusammenpassen (Spinoza ist ein Vorläufer, Hegel ein Nachfolger). Eine legitime politische Ordnung setzt einen gemeinsamen Willen voraus, einen solchen Willen gibt es für eine internationale Ordnung nicht. Rousseau betont deshalb die Anarchie des Internationalen Systems deutlicher, als es zu seiner Zeit üblich war, die eher von einer Gesellschaft europäischer Staaten ausging (Kant ist ihm darin gefolgt). Die Forschung ist sich einig, daß dies für Rousseau das Kernproblem ist; sie ist sich nicht einig, wie er mit diesem Problem umgeht. Zur Rezeption im 18. und im 20. Jh. vgl. Frederick Ramel ; Jean-Paul Joubert, *Rousseau et les relations internationales*. – Montreal 2000. – p. 151-178 *En lisant Rousseau*. Die bloße Beseitigung von Königen ist jedenfalls keine Lösung. Letztlich wiederholt Rousseau Platon: Die grenzenlosen Begierden der Zivilisation haben den Frieden unmöglich gemacht. Wenn es im Staatensystem eine Rettung gibt, dann durch Erziehung.

Texte

Du contrat social. Ecrits politique

Oeuvres complètes III / sous la direction de Bernard Gagnebin et Marcel Raymond. – Paris : Gallimard, 1969 (Bibliothèque de la Pléiade)

Kulturkritische und politische Schriften in zwei Bänden / hrsg. von Martin Fontius. – Berlin: Rütten und Loening, 1989

Die vollständigste Sammlung deutscher Übersetzungen. Der 2. Band enthält u.a.: Auszug aus dem Plan eines ewigen Friedens des Herrn Abbé Saint-Pierre (1756), Gutachten über den Plan eines ewigen Friedens (1756), Wie der Kriegszustand aus dem gesellschaftlichen Zustand hervorgeht (1755/56), Fragmente über den Krieg

(1755/56), Entwurf einer Verfassung für Korsika (1765), Betrachtungen über die Regierung von Polen und ihre beabsichtigte Reformierung (1772).

Rousseau on International Relations / ed. by Stanley Hoffmann and David Fidler. – Oxford : Clarendon Pr., 1991. – LXXVII, 214 S.

Enthält: Discourse on Political Economy (1755), The State of War (1755/56), Fragments on War (1755/56), Abstract and Judgement of Saint-Pierre's Project for Perpetual Peace (1756), First Version of the Social Contract (1761, sogenanntes Genfer Manuskript), Constitutional Project for Corsica (1765), Considerations on the Government of Poland (1772).

Den Kern der Einleitung bildet, kaum bearbeitet, Hoffmanns bekannter und auch sonst mehrfach nachgedruckter Aufsatz (unten referiert).

Kurt von Raumer, *Ewiger Friede* (siehe unten S. 380) enthält S. 343-378 eine deutsche Übersetzung der beiden Schriften über Saint-Pierre: Auszug aus dem Plan des Ewigen Friedens des Herrn Abbé de Saint-Pierre (1756, veröffentlicht 1761) und Urteil über den ewigen Frieden (1756, veröffentlicht 1782).

Grace Roosevelt, *Reading Rousseau in the Nuclear Age* (siehe unten S. 385) enthält S. 183-229 neben Übersetzungen der beiden Schriften zu Saint-Pierre vor allem eine Übersetzung des Fragmentes *État de Guerre* (dessen richtige Ordnung Roosevelt erkannte, als sie nach 200 Jahren zum ersten Mal das Papier andersherum faltete).

Der Hinweis in *Emile* auf die Themen, die eine Untersuchung der internationalen Beziehungen nötig machen, steht in *Oeuvres complètes* (Bibliothèque de la Pléiade) IV, 848-849; auf deutsch in der Reclam Ausgabe S. 927-928.

Literatur

Windenberger, J.-L.

Essais sur le système de politique étrangère de J.-J. Rousseau : la république confédérative des petits-états. – Paris : Picard, 1900. – 308 S.

Ein Staat wird im Idealfall durch gemeinsamen Willen zusammengehalten, deshalb scheidet ein Weltstaat aus, deshalb wird der Kleinstaat bevorzugt. Eine internationale Ordnung ist kann nur Föderation von Kleinstaaten sein. Das darf kein Bundesstaat sein, sondern nur ein Staatenbund, der die Souveränität nicht auflöst. Diese Konföderation ist eine Analogie zur Staatenbildung in der Art von *Du contrat social*: Vereinigung des Willens ohne die Freiheit zu zerstören. Seine Beispiele sind das antike Griechenland, das Deutsche Reich, die Eidgenossenschaft und die niederländischen Generalstaaten (während die Vereinigten Staaten von Amerika, die Rousseau nicht mehr erlebte, ihm wohl rasch zu bundesstaatlich gewesen wären).

Windenberger repräsentiert noch immer eine der klassischen Ansichten zu Rousseau. Es muß aber bemerkt werden, daß er bei dem Versuch, den 2. Teil von *Du*

contrat social gleichsam zu rekonstruieren, zwar neue ungedruckte Quellen erschlossen hat, aber doch häufig nicht den Quellen sondern einem Systemzwang folgt. Eine imaginative Rekonstruktion, wie der internationale Vertrag in Analogie zum Gesellschaftsvertrag aussehen könnte.

Raumer, Kurt von

Ewiger Friede : Friedensrufe und Friedenspläne seit der Renaissance. – Freiburg (u.a.) : Alber, 1953 (Orbis academicus) S. 127-150

Entgegen dem ersten Anschein ist Rousseau bereits im *Auszug aus dem Plan des Ewigen Friedens des Herrn Abbé de Saint-Pierre* stark von Saint-Pierre unterschieden, in der Frage, was die europäischen Staaten zusammenhält. Während Saint-Pierre umständlich demonstriert, warum der Frieden Vorteile hat, konzentriert sich Rousseau auf ein Thema: Die Außenpolitik verhindert die Reform der Staaten. Im *Urteil über den ewigen Frieden* wird klar betont, daß nicht ein Buch, sondern allenfalls eine Armee den Frieden einrichten könne und deshalb die Verwirklichung des Planes auf einen Schlag mehr Unheil anrichten würde, als sie in Jahrhunderten verhüten würde. Aber Rousseau teilt „den Heilsglauben des älteren Pazifismus an den status quo“. Stabil soll freilich nicht die gegenwärtige Ordnung sein, sondern ein ganz neuer, ganz anderer Zustand. Rousseau glaubt nicht, daß die Wirtschaft von alleine zum Frieden drängen würde, er spielt diese Motive bei Saint-Pierre herab. Ein wirklicher Gegner von Krieg ist Rousseau nicht, er betont die *force coactive*, die Völkerbundkriege, viel stärker als Saint-Pierre.

Waltz, Kenneth

Man, the State and War : a Theoretical Analysis. – New York : Columbia Univ. Pr., 1959. – S. 165-186

Waltz behandelt Rousseau als Klassiker des *third image*, der Analyseebene des internationalen Systems. Rousseau (im Gefolge Montesquieus) sagt gegen Spinoza, daß die Unsicherheit des vorstaatlichen Zustandes nicht an mangelnder Einsicht, sondern an den Leidenschaften liegt; die Menschen folgen eher kurzfristigen als langfristigen Interessen. Eine Welt reiner rationaler Handlungen ist nicht zu erwarten. Für Internationale Beziehungen ist die Kernfrage, ob Staaten einheitliche Akteure sind. Rousseau hat sich das für einige Staaten mit Gesamtwillen vorstellen können. Waltz argumentiert, daß wir das gegen Rousseau für alle Staaten annehmen können. Rousseau konnte sich noch nicht vorstellen, daß Staaten national werden können, ohne seinen sonstigen Anforderungen an Legitimität zu genügen. Eine Reformierung einiger Staaten in der Art von *Du contrat social* macht für Rousseau keinen Unterschied für das internationale System. Nur ein unwahrscheinlicher Gemeinwille für die ganze Welt könnte Frieden bringen. So lange aber jedes Land seine Ziele selber setzt, können auch verschiedene Willen, die an sich gut sind, einander widersprechen. Kant glaubt, gute Staaten könnten miteinander leben, Rousseau betont die partikulare, konflikträchtige Natur auch des guten Staates.

Rousseau ist der einzige Autor, der in Waltz Buch, das die Theoriegeschichte wieder in die Internationalen Beziehungen eingeführt hat, ausführlich behandelt wird. Die-

ses Kapitel ist das Gründungsdokument des Neorealismus und hat entsprechend Beachtung gefunden. Schnell bei Stanley Hoffmann (unten S. 382 referiert). Kürzlich wurde es völlig verdammt: Hartmut Behr, *Misreading in International Relations : ideologiekritische Anmerkungen zum Realismus und Neo-Realismus*, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 15 (2005).

Fetscher, Iring

Rousseaus politische Philosophie : zur Geschichte des demokratischen Freiheitsbegriffs. – 3., überarbeitete Auflage. – Frankfurt am Main : Suhrkamp, 1973 (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft ; 143) S. 172-184

ursprünglich 1960

Legitim können nur Staaten nach Art von *Du contrat social* sein. Die meisten existierenden Staaten sind damit nicht legitim und haben wenig Aussicht es zu werden. Legitime Staaten dürfen nicht zu korrumpiert und nicht zu ausgedehnt sein (auch nicht zu klein, denn sie müssen sich erhalten können). Daß es in den fehlenden Teilen von *Du contrat social* um die Konföderation solcher kleinen Staaten gehen sollte, steht zu klar in einer Fußnote zu *Du contrat social* und im *Emile*, als daß wir es übergehen könnten.

Fetschers Buch ist heute die bequemste Stelle, um dieses Bild der Föderation bei Rousseau zu fassen – freilich ist ihm darin lange niemand gefolgt.

Vossler, Otto

Rousseaus Freiheitslehre. – Göttingen : Vandenhoeck und Ruprecht, 1963. – S. 138-150 : Paix perpétuelle

Es geht Rousseau um Vernunftkritik, Saint-Pierre ist ihm typisch für die folie de la raison. Rousseau will in der Auseinandersetzung mit Saint-Pierre das Vertragsmodell entlarven. Er bemüht sich, die Voraussetzungen möglichst günstig darzustellen (Europa ist kulturell eine Einheit und kein Staat kann mehr auf eigene Faust das System verändern). Er verstärkt die Konstruktion allein aus Eigennutz (Rousseaus Referat ist viel rationalistischer als Saint-Pierre, der auch an Wohlwollen und Religion appellierte). Das alles aber nur um zu zeigen, daß Herrscher, die wie andere Menschen den Leidenschaften folgen, nicht ihren wahren Interessen folgen werden. Der Ewige Frieden ist weder eine Sache des Intellekts (Saint-Pierre) noch der Politik (Heinrich IV). Nicht das Wissen irrt, der Willen irrt. Ohne Sittlichkeit wird es keinen Frieden geben. Wir erfahren aber nicht, wie es Sittlichkeit geben könnte. Die Auseinandersetzungen mit Saint-Pierre verweisen auf *Du contrat social*, der freilich wegen dem Fehlen des internationalen Teils ein Torso geblieben ist.

Hoffmann, Stanley

Rousseau on War and Peace, in: American Political Science Review 57 (1963) 317-333

Neudrucke in: Stanley Hoffmann, The State of War : Essays on the the Theory and Practice of International Politics. – New York (u.a.) : Praeger, 1965. – S. 54-87

und in: Stanley Hoffmann, *Minerva and Janus : Essays in the Theory and Practice of International Relations.* – Boulder (u.a.) : Westview Pr., 1987. – S. 25-51

Hoffmann unterscheidet zunächst Rousseau von Hobbes. Hobbes sieht selber, daß mit der Staatenbildung internationale Kriege entstehen, erklärt aber die internationalen Kriege für erträglicher als den Krieg aller gegen alle. Für Rousseau ist der äußere Krieg dagegen schlimmer als der ursprüngliche Naturzustand: organisierte Gewalt zwischen Gegnern, die keine natürlichen Schranken kennen. Die außenpolitischen Äußerungen von Hobbes schrumpfen auf Gebote der Staatsraison. Rousseau sieht sie klar als unmoralisch: Balance, Allianzen, Völkerrecht sind nur Instrumentarien im Machtkampf. Auch föderative Republiken sind nur ein Notinstrument im Kampf ums Überleben. Weltföderation oder andere Formen internationaler Organisation kommen bei Rousseau nicht vor. In der bestehenden Welt wäre eine Föderation bedenklich, in der idealen Welt unnötig. Hoffmann verschiebt Rousseau von Waltz' third image zum second image: Frieden durch nichtaggressive Staatsverfassungen. Rousseau erkannte, daß Menschen nie zum friedlichen Naturzustand der Isolation zurückkehren können, Staaten kann er aber nur Isolation empfehlen (die er freilich auch kaum noch für möglich hält).

Letztlich ist in diesem Artikel Rousseau nicht gegen Hobbes, sondern gegen Kant abgesetzt: Das 20. Jahrhundert hat gezeigt, daß Rousseaus Pessimismus angemessener ist als Kants Optimismus.

Hinsley, F. H.

***Power and the Pursuit of Peace : Theory and Practice in the History of Relations between States.* – Cambridge : Cambridge Univ. Pr., 1963. – S. 46-61**

Rousseaus Schriften über Saint-Pierre tun, als wäre das Problem nur die Torheit der Herrscher. Tatsächlich sieht Rousseau es aber als ein Urteil über die Gesellschaftsbildung überhaupt: Staaten können nicht miteinander leben, unabhängig von ihrem Charakter. Seine spätere, fragmentarische Theorie der Internationalen Beziehungen ist vor allem daran interessiert, die Souveränität der Republiken zu bewahren. Eine Alternative wäre nur eine echte Großstaatsbildung mit eigenem politischem Willen. Daran glaubt er aber nicht, weil er das europäische Staatensystem als eine historische Erscheinung erkennt, als ein Werk der Natur, nicht des Vertrages.

Riley, Patrick

***Rousseau as a Theorist of National and International Federalism, in: Publius : the Journal of Federalism* 3 (1973) 5-17**

Daß Rousseau ein Werk über Föderalismus geschrieben hat, kommt aus dubioser Quelle. Auf jeden Fall haben wir nur einige verstreute Texte und aus denen ist seine Vorliebe für kleine Staaten klarer als seine Vorliebe für Föderation. Seine Föderationen wären auf jeden Fall lose geblieben. Polen stellte er vor eine Alternative: Zerlegung in Teilrepubliken oder Stärkung des Gesamtstaates. Beide Möglichkeiten haben für Rousseau dasselbe Ziel: Eine Teilung der Souveränität darf es nicht geben. Riley folgt Hinsleys Deutung, daß auch Rousseaus Äußerungen zu Saint-Pierre vor

allem der Föderation stärker den Charakter eines Staates geben wollen, daß die Föderation dann aber völlig utopisch wäre. Rousseau weiß, daß Friedenspläne à la Sully Erfolg haben könnten, aber ein solches Zwangsgebilde ist keine Föderation unter Gleichen. Rousseau war weder ein Anhänger des nationalen noch des internationalen Föderalismus.

Airas, Pentti

Die geschichtlichen Wertungen Krieg und Friede von Friedrich dem Grossen bis Engels. – Rovaniemi : Societas Historica Finlandiae Septentrionalis, 1978 (Studia historica septentrionalia ; 1) S. 199-275 Das vorindustrielle Proletariat und die Krieg-Friede-Frage Rousseaus

Montesquieu ging es um die Beschränkung der Machtkämpfe, Rousseau geht es um Ebenbürtigkeit. Es macht keinen Sinn zu fragen, ob Rousseau für oder gegen den Krieg ist. Die Herrscher werden immer von Eigennutz getrieben, das Volk von Rechtsgefühl bewegt; der Fürstenstaat ist immer Krieg, der Gemein Staat ist immer gerechtfertigt. Der gerechte Staat muß erst gegründet werden, der Frieden kann erst einer Revolution folgen. Die Revolution ist bei Rousseau eine permanente Revolution; der neue Zustand hält nur solange ein entsprechender Willen wirkt. Der neue Staat hat ein klares Primat der Innenpolitik; der Staat soll klein sein. Nationalismus ist bei Rousseau kein Wert, aber ein Mittel die Selbständigkeit zu erhalten (er begegnet auch nicht in den theoretischen Schriften, sondern in den Gutachten für Korsika und Polen). Patriotismus bedeutet Frieden, weil er jedem Volk sein Recht zukommen läßt. Rousseau hat eine klare Einsicht, daß jede Veränderung im Inneren an der äußeren Situation scheitert.

Die Kriege der neuen Gemeinstaaten können nur gerechte Kriege sein. Da diese Staaten überwiegend agrarische Staaten sein werden, brauchen sie eine ständige Erweiterung des zur Verfügung stehenden Landes. Dieser „Landwirtschaftskrieg“ ist für Rousseau völlig unproblematisch. Ob Rousseau Vorläufer späterer Diktaturen war, kann man diskutieren; „Wegbereiter der nationalen Großmachtspolitik“ war er klar. Staaten, die ihren Patriotismus verloren haben, gehen moralisch und äußerlich nieder. Sie werden zu Recht zerstört von den Armen innerhalb und außerhalb ihrer Grenzen. Airas sieht hier einen Weg zu „den Klassikern des Sozialismus“ (bei Rousseau ist es vor allem Illegitimität des Luxus der Großstädte, die nach seinen antiken Beispielen von Bauerntuppen oder Barbaren zerstört werden). Rousseau gibt dabei den Besiegten immer Unrecht, der Krieg ist ein Weltgericht (so interpretiert Airas auch Montesquieu).

Die Kriege der Söldnerarmeen der Gegenwart sind schamlos, der Volkskrieg nicht. Den Volkskrieg der Gegenwart stellt sich Rousseau zivilisiert vor (die Polen können in einer Art Guerillakrieg gegen eventuelle Eroberer Helden werden, ohne die Gewohnheiten von Söldnern anzunehmen).

Carter, Christine Jane

Rousseau and the Problem of War. – New York (u.a.) : Garland, 1987. – 221 S. (Political Theory and Political Philosophy : 17 Volumes of Previously Unavailable

British Theses)

Eine Dissertation der University of Leicester 1985

Der Weg von der Natur in die Gesellschaft ist bei Rousseau ein Anwachsen der Selbstliebe. Der Krieg kommt nicht aus dem anarchischen System, sondern aus dieser Vergesellschaftung: Fürsten und Minister sind extreme Beispiele der Selbstliebe. Aber der Staat als Ganzes ist von Selbstliebe bestimmt, wie der zivilisierte Mensch, nicht wie der natürliche Mensch. Zudem ist er von einem hobbesianischen Naturzustand geprägt: Auch wenn alle Parteien gerecht sein wollen, so wird doch jede ihre eigene Interpretation des Rechtes haben und letztlich vom Eigeninteresse gelenkt werden. Beide Schriften zu Saint-Pierre zeigen klar, daß für Rousseau Autokratie und Oligarchie, mit ihrem Übergewicht der Selbstliebe, den Kriegszustand nicht beenden können. In Republiken fehlt der Stimulus zum Krieg, Kriegsgeist ist hier nicht mehr aggressiv, sondern nur notwendig, um in einer andersgearteten Welt bestehen zu können. Die Föderation der Republiken ist möglich. Daß sie dafür aber ihre Selbständigkeit verlieren, ist den Staaten die ganze Kriegsverhinderung nicht wert. Staaten können nicht wie Individuen zu einem Gemeinwillen kommen. Die einzelnen Staaten werden immer politisch sein, immer einen eigenen Gemeinwillen haben. Auch eine Welt kleiner Republiken hat deshalb keinen Frieden.

Beyssade, Jean-Marie

Le soldat et le citoyen chez Jean-Jacques Rousseau, in: La guerre : actes du colloque de Mai 1986 / sur la direction de Simone Goyard-Fabre. – Caen : Centre de Publications de l'Université de Caen, 1986 (Cahiers de philosophie politique et juridique ; 10) S. 163-187

In rousseauschen Republiken sind die Soldaten Bürger, aber soweit man das aus Nebenäußerungen schließen kann, besteht er nicht auf Miliz, sondern kann sich durchaus Berufssoldaten vorstellen. Er sieht einen historischen Prozeß der Ausdifferenzierung der Berufssoldaten aus der ursprünglich homogenen Bürgerschaft. Am Ende sind die Staaten alt und despotisch geworden und das Militär dient der Unterdrückung.

Williams, Michael C.

Rousseau, Realism and Realpolitik, in: Millennium 18 (1989) 185-203

Neufassung in: Michael C. Williams, The Realist Tradition and the Limits of International Relations. – Cambridge : Cambridge Univ. Pr., 2005 (Cambridge Studies in International Relations ; 100) S. 52-81

Die realistische Rousseau-Interpretation besagt, daß die Menschen aus dem friedlichen Naturzustand in hobbesianische Ungeselligkeit gefallen sind, der nur durch Staatenbildung begegnet werden kann, die wiederum internationale Anarchie schafft. Tatsächlich ist der Naturzustand für Rousseau nur eine regulative Idee. Rousseau hat keinen Zweifel, daß erst der Gesellschaftszustand volle Humanität bringt. Sein Realismus besteht darin, die Kosten dieser Menschwerdung zu zeigen. Was Waltz und andere Realisten als ewiges Sicherheitsdilemma nehmen, ist bei Rousseau nur eine Phase in der Entwicklung der Gesellschaft. Das Modell des freien

Staates in *Du contrat social* ermöglicht eine Beurteilung sowohl der nationalen Gesellschaft (kein Bürger soll Untertan eines anderen sein) wie der internationalen Gesellschaft (kein Staat soll Untertan eines anderen sein). Williams betont, daß Rousseau nicht einfach ein Modell entwickelt, sondern an der jeweiligen historischen Gegenwart ansetzen will (Polen-Gutachten).

Roosevelt, Grace G.

Reading Rousseau in the Nuclear Age. – Philadelphia : Temple Univ. Pr., 1990. – 275 S.

Rousseaus Grundidee ist, daß der Frieden einen politischen Willen voraussetzt, daß es keinen Gemeinwillen des ganzen Menschengeschlechts gibt, daß aber wenigstens in kleinen Republiken der politische Willen ein friedliches Leben begünstigt. Der Naturzustand zwischen Staaten ist kein „rousseauischer“ Naturzustand, weil Staaten keine natürlichen Grenzen ihrer Ambitionen haben; sie sehen ihre Größe immer relativ zu anderen Staaten. Aber das ist nicht eine Folge der Natur des Menschen; der Kriegszustand ist bei Rousseau sehr betont ein Zustand zwischen Staaten, nicht zwischen Menschen. Für Rousseau ist der Kriegszustand nicht nur Gewaltanwendung, sondern ein politischer Willen, der gegen andere Staaten gerichtet ist. Da das eine ausdrückliche Wahl ist, statt einer Gegebenheit der menschlichen Natur, ist aber ein Ende des Kriegszustandes denkbar. Einen Gemeinwillen der Menschheit gibt es nicht von Natur her, aber er könnte geschaffen werden.

Große kommerzielle Staaten können auch mit einem System gemeinsamer Sicherheit zusammenleben, aber Rousseau bezweifelt, daß Fürsten das können (die Zeitgenossen haben ihn sofort als Theoretiker auf der Analyseebene des Herrschaftssystems gesehen). Im Gutachten für Polen empfiehlt er den Patriotismus als eine Form defensiver Verteidigung zum Überleben in einer feindlichen Umwelt. Im *Emile* gipfelt die Erziehung umgekehrt in einer weltbürgerlichen Friedenserziehung. Ein unmittelbares Gefühl für die Menschheit kann es nicht geben. Das Gefühl für die Menschheit beginnt mit dem natürlichen Mitgefühl zwischen Menschen, aber das ist zum Internationalismus ausweitbar. Rousseau ist weder Pessimist noch Utopist, sondern ein politischer Erzieher.

Die philologische Leistung dieses Buches ist die Rekonstruktion des Fragments *État de guerre* und mit dessen Hilfe die Rekonstruktion des Denkweges Rousseaus zwischen der *Abhandlung über die Ungleichheit* und *Du contrat social* in der Auseinandersetzung mit Hobbes, Grotius und Saint-Pierre. Aber auch darüber hinaus ist es das umfassendste und reichste aller Bücher über Krieg und Frieden bei Rousseau.

Fidler, David P.

Desperately Clinging to Grotian and Kantian Sheep : Rousseau's Attempted Escape from the State of War, in: Classical Theories of International Relations / ed. by Ian Clark and Iver B. Neumann. – Basingstoke (u.a.) : Macmillan, 1996. – S. 120-141

Rousseau ist ein Autor, der alle drei Ebenen der Erklärung des Krieges berücksichtigt. Der Kriegszustand ist aus der Korruption der menschlichen Natur durch die

Zivilisation zu verstehen, aus Ungleichheit und Unterdrückung in den Staaten, aus der Natur des internationalen Systems. Ohne eine Reform des internationalen Systems ist an eine stabile Reform der Staatsverfassungen nicht zu denken. Durch den ständigen Krieg ist es dazu gekommen, daß große Teile Europas nicht mehr zu einer republikanischen Regierungsweise zurückfinden werden. Die Lösung ist am ehesten Isolation. Patriotismus ist eine Frucht der politischen Stabilität und der materiellen Prosperität. In internationalen Beziehungen soll ein solcher Patriotismus nicht konfliktfördernd sondern stabilisierend wirken. Verglichen mit Wights drei Traditionen ist Rousseau in der Strukturbeschreibung des anarchischen Systems Realist, aber sein normativer Ansatz erschreckt die Realisten. Der Wunsch der Grotianer und Kantianer nach internationaler Gesellschaft erschreckt Rousseau. Seine Lösung setzt weder am anarchischen internationalen System noch an der Struktur der politischen Regime an, sondern an der Korruption der menschlichen Natur; es muß eine psychologische Veränderung geben.

Doyle, Michael W.

Ways of War and Peace. – New York (u.a.) : Norton, 1997. – S. 137-160 Constitutionalism : Rousseau

Doyle zählt Rousseau als einen Realisten, der vor allem auf der Ebene des Herrschaftsystems ansetzt: Die falsch konstituierten Staaten können einander allenfalls durch Gleichgewichtspolitik eindämmen, aber sie sich nicht zusammenschließen, wie Saint-Pierre meinte. Die idealen Staaten haben zwei Merkmale der realen Staaten: ein Staatsgebiet und Unabhängigkeit. Aber sie sind friedlich, weil sie nicht für private Interessen handeln, sondern vom allgemeinen Willen/Nationalinteresse bestimmt sind. Da es aber keine Internationalen Organisationen gibt ist nicht voll vermeidbar, daß es doch Kriege gibt.

Die bei Rousseau skizzierten Lösungen gelten nicht-idealen Republiken in einem realen Staatensystem (der kleinen Republik Korsika empfiehlt er die Isolation, der großen Republik Polen defensive Verteidigung und Patriotismus, der das Land für potentielle Eroberer unverdaubar macht). Bemerkenswert ist, daß in Doyles Darstellung, die Föderation der Republiken gar keine Rolle mehr spielt.

Doyle nennt als moderne Konstitutionalisten Aron, Krasner, Katzenstein, die aber alle stark das institutionelle Entscheidungssystem des Staates betonen; der Gesamtwillen ist als Thema verloren gegangen.

Tuck, Richard

The Rights of War and Peace : Political Thought and the International Order from Grotius to Kant. – Oxford : Oxford Univ. Pr., 1999. – S. 197-207

Rousseau war der erste, der begriff, daß Grotius und Hobbes dasselbe lehren. Er selber hält sich auch an Hobbes: ihre Darstellung des Naturzustandes stimmt weitgehend überein (wenn man davon absieht, daß der früheste Zustand völliger Ungeselligkeit Hobbes nicht interessierte). Hobbes despotischen Staat lehnt Rousseau ab, aber er sucht ein Äquivalent; sein Problem ist nicht die Souveränität, sondern auf welche Weise der Souverän die Bevölkerung repräsentiert. Er folgt Montesquieu,

daß Kriege erst durch Kooperation möglich werden, aber er folgt Hobbes, daß dies aus ungeselliger Natur des Menschen zu erklären sei. Er hat wenig Hoffnung zu bieten, daß der Kriegszustand zwischen modernen Staaten jemals enden könnte. So wie Hobbes Grotius eine skeptische Wendung gab, hat Rousseau Hobbes eine skeptische Wendung gegeben: Wenn es keinen internationalen Frieden geben kann, dann kann die Bildung hobbesianischer Staaten den Bürgern nicht die versprochene Sicherheit bieten, weil nach Hobbes eigener Darstellung der Staat in einem Naturzustand handelt. Eine Lösung für das von ihm erkannte Problem hat er nicht.

Olaf, Asbach

Internationale Rechtsgemeinschaft oder Autarkie kleiner Republiken? : Dimensionen und Probleme des Staats- und Völkerrechts bei Jean-Jacques Rousseau, in: Politisches Denken : Jahrbuch 1999. – S. 105-154

Zwischen Souveränität und Föderation : moderne Staatlichkeit und die Ordnung Europas beim Abbé de Saint-Pierre und bei Jean-Jacques Rousseau, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 11 (2001) 1073-1099

Die Zähmung der Leviathane : die Idee einer Rechtsordnung zwischen Staaten bei Abbé de Saint-Pierre und Jean-Jacques Rousseau. – Berlin : Akademie Verl., 2002 (Politische Ideen ; 15) S. 185-294

Du contrat social fordert Ergänzung durch eine Theorie der internationalen Organisation zur Sicherung der Existenz kleiner Republiken. Für die europäische Realität folgt Rousseau freilich einer Beschreibung des internationalen Systems als anarchisch, wobei Gleichgewicht, Föderation nach Vorbild des Deutschen Reiches, Völkerrecht als unvollkommene Notlösungen erwähnt werden. Vollkommen wäre erst ein „contrat international“, ein echter Bundesstaat (so wie Asbach Saint-Pierre versteht). Nach dem *Jugement* über Saint-Pierre ist das freilich mit Despotien nicht zu haben. Die einzige Lösung, die Rousseau sieht, sind kleine autarke Republiken: wenig Verkehr, wenig Konflikte. Solche Republiken gehen nicht in einen Bund, allenfalls in eine funktionale Zusammenarbeit zur Verteidigung. Damit bleibt ein unaufhebbarer Widerspruch zwischen dem Bund, der allein Frieden bringen könnte, und der Republik, die in keinem Bund aufgehen darf.

Der Aufsatz von 1999 referiert übersichtlich den Rousseauteil des Buches von 2002; der Aufsatz von 2001 diskutiert die Einschätzung des Deutschen Reiches bei Saint-Pierre und Rousseau als Beitrag für die Auflockerung des Souveränitätsbegriffs im Zeitalter der Europäischen Integration.

Ramel, Frédéric ; Joubert, Jean-Paul

Rousseau et les relations internationales. – Montreal : Harmattan ; (u.a.), 2000. – 183 S. (Collection Raoul-Dandurand)

Republiken können bei Rousseau klein und demokratisch sein, wenn sie frugal geblieben sind. Die großen Königreiche sind dagegen eine Folge der Zivilisation mit

ihrem Besitzstreben. Sie sind durch den Krieg entstanden und brauchen zum Zusammenhalt den Krieg. Saint-Pierre und Kant können sich einen Frieden zwischen den großen Staaten vorstellen. Rousseau kann sich eine Föderation nur als gemeinsame Verteidigung der kleinen Republiken gegen die großen Staaten vorstellen. Rousseau hat nicht für Frankreich geschrieben, er muß als Schweizer gelesen werden.

Cheneval, Francis

Philosophie in weltbürgerlicher Bedeutung : über die Entstehung und die philosophischen Grundlagen des supranationalen und kosmopolitischen Denkens der Moderne. – Basel : Schwabe, 2002 (Schwabe Philosophie ; 4) S. 351-390
Rousseau

Rousseau macht das Interesse des Individuums an Sicherheit, das Hobbes verloren und Locke nur teilweise wieder restituiert hat, zur Grundlage.

Rousseaus Idealstaat ist nicht die kleine Republik, sondern die Konföderation von Republiken. Die Demokratie bringt bei Rousseau nicht (wie später bei Kant) an sich den Frieden, sondern schafft die Bereitschaft der Staaten freiwillig in eine staatenähnliche Verbindung einzutreten. Ob Rousseau für ein Staatensystem, das nicht von Großstaaten bestimmt wäre, diese Föderation für nötig halten würde, wissen wir nicht. Die Republik braucht jetzt aber die Konföderation um ein ‚tugendhaftes‘ Staatswesen zu sein. Er ist ein Gegner des privaten Kosmopolitanismus, gerade weil patriotische Republiken föderationsfähig sind.

Rousseau fehlt eine optimistische Geschichtsphilosophie und er kann sich nur eine direktdemokratische Republik vorstellen. Deshalb war er persönlich zunehmend pessimistisch über die Aussichten des Friedens. Kant bringt eine Wende in Geschichtsphilosophie und Republikbegriff als Voraussetzungen der Friedenstheorie.

Aiko, Yuichi

Rousseau and Saint-Pierre’s Peace Project : a Critique of ‘History of International Relations Theory’, in: Classical Theory in International Relations / ed. by Beate Jahn. – Cambridge (u.a.) : Cambridge Univ. Pr., 2006. – S. 96-120

Rousseau kann nicht als Realist vereinnahmt werden. Er bearbeitet Saint-Pierres Plan mit Sympathie und Aiko argumentiert, daß er seine eigene Vorstellung einer legitimen Ordnung in Staaten durch einen Gesellschaftsvertrag zwischen Bürgern als Rezeption von Saint-Pierres Vorstellung eines Vertrages zwischen Staaten entwickelt hat. Für Saint-Pierre kann es Freiheit nur in Gesellschaft geben. Daran hält Rousseau fest: Kriege sind Souveränitätsverlust. Er kritisiert Saint-Pierre nur für den Glauben, auch Fürsten könnten diese gesellige Definition von Souveränität akzeptieren. Ohne „Revolutionen“ wird es keine Konföderation geben.

6.8 Soziologisch-ökonomische Theorien

Die Ursprünge der Tradition gesellschaftlicher Friedenstheorien sind komplex. Daß barbarische Völker mehr Kriegegeist haben als seßhafte Staaten, war ein alter Gemeinplatz (am bekanntesten ist dieses Argument in der Version von Ibn Haldūn, aber es gehört auch in Europa zum Standardrepertoire der Politikberater, spätestens seit Bodin). Daß die Staaten mit Königen begannen, die nicht viel mehr waren als Heerführer, war auch bekannt (z. B. Locke, *Second Treatise* § 108). Die Idee des Zivilisationsprozesses anstelle von Vertragsfiktionen taucht erstmals bei Vico auf: Die Gesellschaft macht „aus der Grausamkeit, der Habsucht und dem Ehrgeiz – den drei Lastern, die das ganze Menschengeschlecht verwirren – das Militär, den Handel und den Hof und damit die Stärke, den Reichtum und die Weisheit der Staaten; und aus diesen drei großen Lastern, die sonst sicher das Menschengeschlecht auf Erden vernichten würden, macht sie einen glücklichen politischen Zustand“ (*Prinzipien einer neuen Wissenschaft über die gemeinsame Natur der Völker* / übersetzt von Vittorio Hösle und Christoph Jermann. – Hamburg 1990, Teilband I, 91). Aber bei Vico geht es noch nicht um die moderne Entwicklung vom Militärstaat zum Handelsstaat, sondern beide sind durchaus geschätztes Ergebnis derselben Entwicklung von der rohen Gewalt zum Staat (bei Vico sind die frühen Menschen Riesen, die erst im Zivilisationsprozeß auf ein menschliches Maß schrumpfen). Noch fehlen alle republikanischen Präferenzen: Der zivilisierte Zustand wird bei Vico durchaus noch mit dem monarchischen Großstaat identifiziert. Zu Vico vergleiche auch: Robert Miner, *Giambattista Vico on War*, in: *Macht und Moral : politisches Denken im 17. und 18. Jahrhundert* / hrsg. von Markus Kremer und Hans-Richard Reuter. – Stuttgart 2007. – S. 291-305.

Als eigentlicher Urheber einer Tradition der soziologischen Friedenstheorie kann Montesquieu gelten, der antike kriegerische Republiken von modernen Handelsstaaten unterscheidet, dem aber im Ganzen noch die weltgeschichtliche, unumkehrbare Richtung von der militärischen zur kommerziellen Gesellschaft fehlt. Diese Theorie-tradition wurde eine der wirkungsmächtigsten Traditionen des Nachdenkens über den Frieden. Die Liste der hier behandelten Autoren Montesquieu, Hume, Smith, Ferguson kann bruchlos fortgesetzt werden: Condorcet, Constant, Schleiermacher, Comte, Spencer, Veblen, Schumpeter (und in kleinerer Münze finden sich die Überlegungen bei zahllosen Autoren des 19. und 20. Jahrhunderts). Das Spannende ist aber, daß das Modell im 18. Jahrhundert gleichsam noch stottert. Diese frühen Theorien eines republikanischen oder kommerziellen Friedens (oder der Kombination von beiden) zeigen häufig noch Schwierigkeiten, den Frieden nur demokratisch oder nur kommerziell zu denken und sind als Warnung vor Übereilung in der Wahl der Erklärungen nützlich. Gerade für diese von uns verinnerlichten Traditionen haben wir am dringlichsten eine Aufklärung ihrer Ursprünge nötig.

Es muß beachtet werden, daß die Einengung auf „Handelsstaat“ in dieser Zeit noch zu eindeutig ist. *Commercium* heißt außer Handel auch Verkehr, Umgang, Unterhal-